

(A) **Abgeordneter Schwager:** Meine Herren! Nur noch ein paar kurze Ausführungen, und zwar zur Richtigstellung. Der Herr Abgeordnete Illge hat ausgeführt, daß wir diesmal gegenüber dem früheren Antrage abgewichen sind und daß wir diesmal Finanzperioden und Etatperioden besonders getrennt haben wollten. Ich hätte auch keinen Grund angegeben, warum. Ich habe mich extra auf Württemberg berufen und ausgeführt, daß die Einrichtung wie in Württemberg auch bei uns eingeführt werden möchte. Ich habe auch weiter ausgeführt, daß die alljährliche Tagung etwa 4 Monate dauern solle. Wenn nun der Herr Staatsminister ausgeführt hat, daß es wohl 300- bis 400 000 M. mehr kosten würde, so stehe ich ganz und gar nicht auf dem Standpunkte, denn das Fixum der Abgeordneten ist ja da, und auf der anderen Seite wird ja auch das bewilligt, was die Staatsregierung an höheren Einstellungen von Beamten bisher beantragt hat.

Aber dem Herrn Abgeordneten Dr. Schanz möchte ich insoweit entgegentreten, als er ausgesprochen hat, ich hätte mich mißliebig über die Neueinstellung von Beamten ausgesprochen. Ich bin ganz objektiv bei meinen heutigen Ausführungen gewesen und habe darauf hingewiesen, daß die Regierungsgeschäfte ganz außerordentlich gewachsen sind und daß durch das Wachsen der Regierungsgeschäfte neue Beamte gefordert worden sind und daß, wenn die Regierungsgeschäfte wachsen, selbstverständlich auch die Landtagsgeschäfte wachsen. Es ist also vollständig ausgeschlossen, daß ich irgendwie eine Mißliebigkeit bei Einstellung neuer höherer Beamten heute hier ausgesprochen hätte. Herr Abgeordneter Dr. Schanz sitzt ja mit mir in der Finanzdeputation A und hat erfahren können, ob ich mich dort mißliebig darüber ausgesprochen habe. Ich möchte seinen Ausführungen ganz entschieden entgegentreten.

Ich habe dann noch gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Wappler darauf hinzuweisen, daß auch ich auf dem Standpunkte stehe, daß die Gesundheit geschont werden soll, und daß ich gerade damit, daß die Tagungen nicht 7 Monate dauern, beabsichtige, daß die Gesundheit gewissermaßen geschont wird. Ich muß weiter noch darauf hinweisen, daß der Herr Abgeordnete Mißschke auf einem ganz anderen Standpunkt gestanden hat als heute der Herr Abgeordnete Wappler. Mir liegt hier ein Zeitungsabschnitt vom 25. Oktober 1913 vor, in dem es heißt, Herr Abgeordneter Mißschke habe im nationalliberalen Bezirksausschuß in Leipzig ausgeführt, daß der Antrag der Volkspartei auf jährliche Einberufung des Landtages bei den Nationalliberalen Unterstützung finden wird.

(Hört, hört!)

Diese Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Mißschke im Oktober im nationalliberalen Bezirksausschuß in

Leipzig gemacht hat, widersprechen denen des Herrn Abgeordneten Wappler von heute.

(Bravo!)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Illge verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar werde ich so verfahren, daß ich zuerst den Antrag Castan zur Abstimmung bringe, weil er der weitergehende ist. Wird er angenommen, so würde sich der Antrag Schwager dadurch erledigen, da er sich ja mit einem Teile des Antrages Castan deckt. Wird der Antrag dagegen abgelehnt, so würde ich dann den Antrag Schwager zur Abstimmung bringen.

Ich frage also:

Will die Kammer beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage noch in dieser Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem

1. der Landtag zu jährlichen Tagungen zusammenberufen und
2. der Ständeverammlung in jeder Landtagstagung der Staatshaushalts-Etat vorgelegt wird?

Dieser Antrag ist gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Ich frage weiter:

Will die Kammer beschließen, entsprechend dem Antrage Schwager:

1. die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem im Oktober, spätestens im November jeden Jahres ein ordentlicher Landtag einzuberufen ist,
2. die hohe erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen?

Der Antrag ist gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung: **Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abgeordneten Schmidt (Freiberg) und Genossen, den Verkauf des „Berliner Tageblattes“ auf allen Stationen der sächsischen Staatseisenbahnen zu verbieten. (Drucksache Nr. 10.)**

Das Wort hat der Herr Antragsteller zur Begründung seines Antrages.

Abgeordneter Schmidt (Freiberg): Meine sehr geehrten Herren! Wenn dieser Antrag der konservativen

(D)